

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedwede Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Feldmarschall-Lieutenant Graf Stadion. Indem Ich die von Ihnen aus Gesundheitsrückichten erbetene Enthebung von der ferneren aktiven Dienstleistung hiemit bewillige und Ihnen bei diesem Anlasse in voller Würdigung Ihrer im Kriege wie im Frieden ausgezeichneten Dienste den Charakter eines Generals der Kavallerie ad honores verleihe, sehe Ich Sie mit aufrichtigem Bedauern vom Kommando des 5. Armeekorps, dem Sie bei jeder Gelegenheit an Tapferkeit und echtem Kriegergeiste voranleuchteten, zurücktreten und wünsche, daß es Ihnen nach langer und ehrenvoller Thätigkeit vergönnt sein möge, die Ruhe, deren Sie nun bedürfen, ungetrübt zu genießen.

Schönbrunn, am 2. December 1863.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben in Folge der eingetretenen Erledigung einer Staatsrathsstelle mit Allerhöchstem Handschreiben vom 1. December d. J. den Beisitzer der königlich ungarischen Septemviratstafel, Alexander v. Andreánsky, in den Staatsrath zu berufen und zum Staatsrath allergnädigst zu ernennen geruht.

Die k. k. steierm. illyr. k. k. Finanz-Vandes-Direktion hat die bei der Landeshauptkasse in Laibach erledigte Kasse-Adjunktenstelle II. Klasse dem Landeshauptkasse-Offizialen, Mathias Blafizh, in Triest verliehen.

Die k. k. steierm. illyr. k. k. Finanz-Vandes-Direktion hat die erledigte Adjunktenstelle II. Klasse bei der Landeshauptkasse in Triest dem Offizialen dieser Kasse, Franz Siligoi verliehen.

Die k. k. steierm. illyr. k. k. Finanz-Vandes-Direktion in Graz hat den disponibeln Amtsoffizial, Karl von Terzi, zum Amtsoffizial beim k. k. Hauptzollamte in Triest ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 8. Dezember.

Die Zurücknahme der Verordnung vom 30. März ist der erste Schritt Dänemarks zum Nachgeben. Es macht ihn vielleicht, um weitere Schritte nicht thun zu müssen, wird dann aber doch nicht umhin können. Offenbar weicht Christian IX., indem er sich jetzt plötzlich so nachgiebig zeigt, einerseits dem Andrängen Englands, das einen Konflikt um jeden Preis vermieden wissen will, andererseits wohl auch dem Sturme, der sich in Deutschland immer mächtiger erhebt. Ob aber dieser Sturm durch eine solche Schein-Succession, eine diplomatische Escamotage beschwichtigt ist? Wir möchten es kaum glauben. Das, was Deutschland von Dänemark zu verlangen berechtigt ist, ist weit mehr als die Zurückziehung eines papiernen Patentes. Es hieße ein frevelhaftes Spiel mit sich treiben lassen, wollten sich die deutschen Mächte durch den neuesten Regierungsakt Christian's IX. befriedigt erklären. Dadurch sanken sie rein zum Spielball der königlichen Laune, der Lehmann-Hall'schen Intrigue herab.

Was heute widerrufen wird, kann mit einem Federstrich morgen ebenso gut wieder in Rechtskraft

gesetzt werden. Nicht die Aufhebung der November-Versaffung für Holstein, die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins ist es, was Deutschland zum Ziele seiner Bestrebungen zu machen hat. Und insofern, als die Männer, die am Staatsruder stehen, wiederholt laut und öffentlich erklärt haben, stets nur Deutschlands Ehre und Recht vor Augen haben zu wollen, glauben wir von ihnen erwarten zu können, daß sie in der neuesten Maßnahme des Dänenkönigs nichts weiter sehen werden, als einen günstigen Erfolg der bisherigen, wenn auch nur zauderhaften Tüßes gethanen Schritte, eine Ermuthigung auf der eingeschlagenen Bahn, gestützt durch das reiche Volksbewußtsein, entschieden vorwärts zu gehen. — Hierzu bedürfte es nicht einmal einer Waffenthat.

Der dänische Gesandte soll wieder von Wien abgereist sein, ohne sein Notifikationschreiben übergeben zu haben, da ihm bedeutet worden war, daß vor genauer Erfüllung der im Londoner Vertrage eingegangenen Verpflichtung eine Beantwortung nicht erfolgen kann.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 4. December.

(Schluß.)

Schindler weist auf die verschiedenen Gelegenheiten hin, wo das Haus Veranlassung fand, die auswärtige Politik in den Kreis seiner Beratungen zu ziehen; jetzt trete aber die Politik ernster an das Haus heran. Er nenne nur den 5. November und Napoleon, Schleswig-Holstein, Polen. In eine Besprechung der Politik übergehend, sagt Redner, er könne keine Bewunderung aussprechen gegenüber einer Politik, welche das Land fortwährend in bewaffneten Frieden hält, der langsam aber sicher den Ruin der Finanzen herbeiführt, gegenüber einer Politik, welche sich in alle europäischen Fragen engagirt hat, ohne dem Lande einen wahrnehmbaren Vortheil zu bringen. Redner schließt mit dem Wunsche, der Minister des Auswärtigen möge dem Hause Aufklärung über die Verhältnisse Oesterreichs zu den andern Mächten geben.

Minister des Aeußern, Graf Rechberg, erwidert auf die Bemerkungen Rechbauer's. Er spricht sein Bedauern aus, daß heute schon zum zweiten Male seinen Worten eine falsche Deutung gegeben wurde. Er habe nicht behauptet, der londoner Vertrag sei die Basis des Rechtsprinzips, er habe nur gesagt, daß er ein unheilbares Ganze bildet, daher nur dann binde, wenn auch Dänemark seine Verpflichtungen erfüllt. Mit dieser Erklärung falle die ganze Argumentation Rechbauer's. Er habe ferner ausdrücklich erklärt, Oesterreich werde für Deutschlands Recht einstehen, es werde 1) seine Bundespflicht erfüllen und 2) Truppen an der Elbe aufstellen; auch bedauere er, daß in diesem Hause fremde Regierungen genannt wurden und er glaube, daß es nicht des Hauses Aufgabe sei, sich in fremde Angelegenheiten zu mischen. (Unruhe.) Gegen Schindler sich wendend, bemerkt der Minister, daß die neuere Diplomatie, im Gegensatz zu der früheren, nicht mehr so viel Gewicht auf, für gewisse Eventualitäten im Voraus geschlossene Allianzen lege, was auch mit den besseren Kommunikationen im Zusammenhange stehe. Was zwischen 1850 bis zu seinem Eintritte in das Ministerium geschehen sei, habe er nicht zu verantworten, für das, was nach dem Jahre 1859 geschah, sei er bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen. Belangend die polnische Frage, seien die Verhandlungen mit voller Offenheit betrieben worden, so daß alle Aktenstücke genau bekannt sind. Er könne also hierüber Neues nicht mittheilen. Der Standpunkt der Regierung müsse nach den verschiedenen Stadien der Verhandlung beurtheilt werden. In der Depesche vom 11. Februar hat die Regierung sich darauf beschränkt, unter

Wahrung der Pflichten der Humanität und unter Wahrung der Pflicht, die Ruhe im eigenen Lande aufrecht zu erhalten, die Nothwendigkeit, in die sie sich versetzt sah, auseinander zu setzen, ihren internationalen Pflichten dem Nachbar gegenüber Genüge zu leisten. Die Ereignisse haben bald eine Wendung von internationalem Charakter genommen, die Regierung mußte trachten, den so nothwendigen Frieden aufrecht zu erhalten, und zugleich die Integrität der Grenzen unverfehrt zu erhalten; auf dieser Basis verständigte sie sich mit den Westmächten. Die Schritte der drei Kabinete hatten nur die Erklärung zur Folge, daß die russische Regierung KonzeSSIONen machen wolle, den Zeitpunkt aber nicht für geeignet halte. Indessen kam eine neue Wendung durch die Einladung des Kaisers der Franzosen zu einem Kongresse. Keine Regierung werde das Gede dieses Vorschlages mehr zu würdigen wissen, als die kaiserliche. Aber sie könne sich auch darüber keinen Illusionen hingeben, daß aus dem Kongresse eben sowohl Krieg wie Frieden entstehen kann, daß derselbe daher vorbereitet und eine Einigung erzielt werden muß, über die Gegenstände, welche zu verhandeln sind, über die Zwecke, welche erreicht werden sollen, und über die Mittel, durch welche sie zu erreichen seien. Hierüber könne er sich noch nicht aussprechen. Die Wahrung des Friedens, aber auch die Wahrung der Integrität des Reiches werde unverrückbares Ziel der Regierung sein. (Bravo.)

Abg. Grocholski hebt gegenüber dem geschriebenen das nationale Recht in der holsteinischen Sache hervor. Das Haus könne in dieser Frage auf die volle Unterstützung der Polen rechnen, die stolz darauf seien, daß seit beinahe hundert Jahren polnisches Blut auf allen Schlachtfeldern für die Sache der Nationalitäten geflossen sei. Zur polnischen Frage übergehend, findet er, daß Oesterreich nicht das Gebot der politischen Klugheit befolgt habe, nicht fest und energisch aufgetreten sei. Die Westmächte könnten nicht zur Entschuldigung dienen, da Oesterreich viel näher interessirt sei und die Westmächte nicht gleichzeitig nach Außen zu Gunsten der polnischen Sache, im Innern feindselig gewirkt haben. Die Annahme der sechs Punkte werde die polnische Frage nicht gelöst haben, immerhin habe die Regierung eine diplomatische Niederlage erlitten. Er wünsche aufrichtig, daß die deutsche Frage nicht eine derartige Verschleppung erfahre. (Bravo, Bravo.)

Die Situation sei so, daß man sich auf jede Eventualität gefaßt halten und sich entscheiden müsse, welchen Standpunkt Oesterreich im Falle eines europäischen Konfliktes einnehmen werde. Die Neutralität bei einem kontinentalen Kriege würde das Allerschlimmste sein, 1854 habe Oesterreich einen Krieg gegen sich selbst geführt. Wenig Leute in Oesterreich würden ein Bündniß mit Rußland billigen. Er wolle nicht von Galizien sprechen, aber man frage die Armeen, man frage Ungarn, ob ein Krieg gegen Rußland nicht populär wäre! (Bravo.)

Dr. Prinz. Die Beziehung auf das Recht stehe im flagranten Widerspruch mit dem Inhalte der Interpellationsbeantwortung. Am meisten verzehe ihn die geringschätzige Erwähnung der Augustenburger und der Glückstädter. Die Neußerung würde im Munde eines Demokraten passend sein, aber nicht im Munde des legitimsten Vertreters der legitimsten Regierung in Europa. (Bravo.) Wenn die kais. Regierung sich an das londoner Protokoll halten will, so bald Dänemark die dort übernommenen Verpflichtungen hält, ohne Rücksicht auf das Recht der Augustenburger oder der Glückstädter, so frage er, ist das Achtung vor dem Rechte? (Bravo!) Er wolle nichts, als das Recht für die Stammesgenossen in Schleswig-Holstein und für den Augustenburger. Die Successionsfrage sei mit einer Zweifelhaftigkeit erwähnt worden, die wenig Geneigtheit zu einer Entscheidung

für die deutschen Ansprüche voraussetzen lasse. Ihm seien nach dem Studium vieler Abhandlungen von beiden Seiten noch immer die Ansprüche Deutschlands als die begründeteren erschienen. Redner bestreitet die Rückfallsansprüche Rußlands auf den Gattorp'schen Theil und kritisiert die schleswig'sche Frage. Weder Schleswig noch Holstein wurden von Dänemark erobert, der Bund wurde geschlossen, weil Dänemark allein sich nicht zu erhalten vermochte. Auch ohne den Tod des Königs hätte man den Bund wegen unablässiger Verletzung der Rechte kündigen können, und die Successionsfrage komme wie von Gott geschickt, um endlich die beiden urdeutschen Lande dahin zurückzuführen, von wo sie ausgegangen.

Die noch nie in solchem Maße dagewesene Einstimmigkeit der Ansichten in Deutschland sollte die Regierung zu einer etwas weniger kühlen Haltung stimmen. Redner betont den deutschen Beruf Oesterreichs und bemerkt dann bezüglich der Kongressfrage, er bekenne, auf einen Kongress, der auf diese Art proklamirt wurde, der den Deputirten Frankreichs verflüchtet wurde, bevor die Einladung erging, auf einen solchen Kongress ginge er nicht! (Heiterkeit)

Abg. v. Waidel spricht unter Berücksichtigung des ganz eigenthümlichen Standpunktes Oesterreichs. Er denke und fühle als Deutscher, aber Oesterreichs Lage sei nicht dazu angethan, Gefühls- und Nationalitätspolitik zu treiben. — Er habe nicht finden können, daß der Vertrag von 1852 ein factum turpe sei, sondern daß derselbe auf gewichtigen Gründen beruhe, und daß damit keinem Rechte zu nahe getreten werden wolle. Allerdings konnten die Mächte nicht den Traktat für entscheidend halten, so lange nicht die Zustimmung der Volksvertretung hinzugekommen ist. Der Vertrag sei nicht wegen dessen Verletzung von Seite Dänemarks null und nichtig, sondern er sei ungiltig kraft seines Inhaltes, weil er eben nur eine eventuelle Auerkennung eines Rechtszustandes enthielt, welcher wegen unterbliebener Zustimmung der Volksvertretung nie eingetreten ist.

Auf die politische Seite der Frage übergehend, meint der Redner, die Veranlassung des erwähnten Vertrages sei die Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht gewesen; die Besorgniß, daß Rußland deutsches Land akquiriren, und daß Dänemark sich der skandinavischen Union in die Arme werfen könnte. Mit den natürlichen Volksschauungen aber sei diese Politik im Widerspruche gestanden, denn es wurde die Integrität Dänemarks geschützt, eines Feindes, den man eben erst zu Boden geworfen. Seit jener Zeit habe Dänemark deutsches Wesen unausgesetzt befeindet. Die europäischen Mächte seien heute nicht geneigt, eine Augmentation Rußlands durch deutsches Gebiet zu dulden, Rußland wisse dieß und hüte sich, Ansprüche zu erheben. Alle Befürchtungen vor einer skandinavischen Union seien durch den Verlauf der letzten 10 Jahre auf possirliche Weise illustriert worden, denn diese Union habe man durch Sicherung der Integrität Dänemarks nicht gehindert, sie nahe mit vollen Schritten.

Für Phantasiegründe drängende Interessen zu opfern wäre Thorheit. Die wohlmeinendste Hingebung für Dänemarks Interessen, die mit bitteren Opfern an Sympathien und moralischem Einflusse erkauft wurde, habe Dänemark nicht abgehalten, fort und fort seine Zusagen zu brechen, seine Protektoren auf das höhendste und schändeste ins Gesicht zu schlagen, eine ihm angeblich aus europäischen Rücksichten gewährte Günst in dänischen Uebermuth zu verwandeln. Oesterreich sei weder durch Rechts- noch politische Gründe gehemmt, es brauche sich nicht majoritiren oder ins Schlepptau nehmen zu lassen. Es könne frei und offen auftreten und die Zeit sei gekommen, sich von dem dänischen Eitergeschwür in den Blanken Deutschlands loszureißen.

Minister Graf Rechberg. Die vorliegende Frage sei eine so verwickelte, daß sie in so kurzer Zeit sich nicht erschöpfen lasse, weshalb er in das Meritum derselben gar nicht eingehen werde. Die Ereignisse der nächsten Zeit würden den Vorgang der Regierung rechtfertigen. (Bravo.) Dem Vorwurfe, als habe er nicht gestatten wollen, daß im Hause die äußeren Angelegenheiten besprochen würden, könne er nur entgegenhalten, daß man wohl schwerlich mit mehr Offenheit über diese Angelegenheiten sprechen könne, als er es gethan. Prof. Brinz habe das Recht der Herzogthümer betont, es bestehe aber zwischen ihm und der Regierung nur der Unterschied, daß er das für Recht hält, was nach seinen persönlichen Anschauungen das Recht ist, während die Regierung erst das für Recht anerkennen kann, was von kompetenter Seite als Recht anerkannt wird. Die Regierung hat nicht Partei genommen, sie überläßt es der kompetenten Behörde über das Recht zu entscheiden. Uebrigens glaube er, daß das Haus eines übersehen habe, nämlich ob es die Holsteiner wünschen, von Dänemark getrennt zu werden, oder ob es ihre Interessen verlangen, daß der Verband mit Dänemark aufrecht erhalten bleibe. Mit der Erwägung dieser Frage wolle sich das Haus beschäftigen.

Dr. Kuranda unterzieht die Politik der „Staatskanzlei“ einer Kritik, indem er ihr Systemlosigkeit vorwirft. Zu Anfang des Jahres habe man eine Allianz mit den Westmächten im Auge gehabt und das Haus habe in der Adreßdebatte der Angelegenheit alle moralische Unterstützung gewährt und was sei aus dem Projekt geworden? Erhebender sei jener Schritt, den der Kaiser in Frankfurt that. Die Sympathien, welche diese That in den Herzen der Oesterreicher hervorrief, sei noch wach und wenn das Haus nicht Gelegenheit hatte, diese Sympathie auszusprechen, so liegt die Schuld nur in der Einrichtung des Hauses. Heute stehe man vor einer That. Für ihn sei in dieser Frage die Majorität des Bundes maßgebend, mit welcher der Minister nicht im Einklange stehe. Man sträube sich dagegen, sich majoritiren zu lassen, aber es liege im Interesse Oesterreichs, sich majoritiren zu lassen, denn Oesterreich halte fest an der Institution des Bundes. Oesterreich habe das Londoner Protokoll nur unter der Voraussetzung unterschrieben, daß der Bund es seiner Verpflichtung als Bundesmitglied entbinden werde, geschieht dieß nicht, hat Oesterreich keine Verpflichtungen, denn ein späterer Vertrag könne einen früheren nicht auflösen und deshalb soll Oesterreich sich majoritiren lassen. England würde seine Zustimmung nicht verweigern, wenn man ihm vorstellt, daß die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls die Zerreißung der Bundesakte und somit der Verträge von 1815 bedeute, also eine Bedrohung des Friedens von Mittel-Europa sei.

Minister Graf Rechberg: Der Abgeordnete habe Anklagen selbst gegen die Absichten der Regierung gerichtet, aber er müsse das Haus bitten, den Wortlaut seiner heute gegebenen Interpellationsbeantwortung sich vor Augen zu halten. Der Abg. Kuranda hätte sich die ganze Rede ersparen können, wenn er dieß gethan hätte. Man habe ihm Systemlosigkeit vorgeworfen, er wolle nicht in ein näheres Detail eingehen, und bitte nur das Haus, sich daran zu erinnern, wo Oesterreich 1859 stand und wo es heute steht. In Bezug auf den Kongress habe die Regierung die große Idee, die darin liegt, aufgefaßt, und im Interesse der Völker dürfe die Regierung diese nicht ununtersucht lassen. Sie hat es gethan und die Bedingungen festgestellt, unter welchen es ihr möglich ist, auf dieselbe einzugehen.

Dr. Giskra: Mit der äußeren Politik stehe das Armeebudget in Verbindung und wenn man zahlt, habe man auch das Recht mitsprechen. Das Oesterreich heute geachteter, größer, mit mehr Kredit das sei, als 1859, das sei nicht die Schuld des auswärtigen Amtes, sondern die Verfassung sei der Grund. Uebrigens stehe heute Oesterreich eben so isolirt, als es 1859 stand. Redner bespricht die Beziehungen Oesterreichs zu den übrigen Großstaaten und zeigt, daß England vielleicht der einzige Freund Oesterreichs sei, aber auch da ergeben sich Differenzen betreffs der italienischen Politik. Auf die deutsche Frage übergehend, sagt Redner, er stimme mit der Regierung damit überein, daß nicht Oesterreich allein Recht sprechen könne, sondern daß nur der Bund dazu kompetent sei. Ist das aber wahr, so müsse man nicht exquiriren, sondern sequestriren. Holstein müsse so lange okkupirt bleiben, bis Recht gesprochen und der Thronfolger bestimmt ist.

Comes Schmidt: Er wolle den Standpunkt kennzeichnen, welchen er als Siebenbürger in der deutschen Frage einnehme. Er sei der Sohn einer Nation, welche den deutschen Charakter mitten unter fremden Nationen seit acht Jahrhunderten bewahrt und mit dem Mutterlande in steter geistiger Verbindung blieb. Man möge ihm also glauben, daß er Sympathien mit den Deutschen habe. Allein in Siebenbürgen haben die Umstände es schon längst unmöglich gemacht, Gefühlspolitik zu treiben und die Reflektion vorwalten zu lassen. Er müsse die Frage aufwerfen, hat das Haus schon Alles für das Inland gethan, daß es nach dem Auslande sein Augenmerk richtet? Das Haus habe zunächst die Aufgabe, die Verfassung auszubauen. Und von diesem Standpunkte aus wünsche er, daß das Haus mit der Erklärung des Ministers, er wolle den Frieden und die Integrität des Reiches wahren, sich zufrieden gebe und an seine Arbeit gehe.

Berichterstatter Graf Kinsky meint, der wichtigste und vornehmste Standpunkt, der uns leiten soll, der österreichische, sei in dieser Frage viel zu wenig betont worden. Dieß führt er des Näheren aus, wendet sich dann zu den Beziehungen des auswärtigen Amtes zur Volksvertretung und nimmt aus der vorhergegangenen Debatte Anlaß zu einer gegen das Ministerium des Aeußern gerichteten Kritik Italien gegenüber, namentlich seien nicht österreichische, sondern Privatinteressen maßgebend. Er erwähnt, daß eine Interpellation bezüglich der modernen Truppen unbeantwortet geblieben sei.

Minister Graf Rechberg erklärt, nicht zu begreifen, wie der Herr Beredner zu den gezogenen Schlußfolgerungen gelangt sei. Daß der Minister

des Aeußern Interpellationen nicht beantwortete, welche gar nicht an ihn gerichtet waren, zeige nicht einen Mangel an konstitutioneller Gesinnung. Was die Politik in Italien betrifft, so sei sie nicht eine Politik der Eroberung, sondern der Erhaltung und des Friedens. Freundschaftliche Beziehungen können aber nur da bestehen, wo der Wunsch nach ihrer Unterhaltung ein gegenseitiger ist. So lange wir aus allen offiziellen Akten in Turin öffentlich von Seite der Regierungsorgane ausgesprochen hören, daß die erste günstige Gelegenheit benützt werden soll, um den Versuch zu machen, Venedig an sich zu reißen, so lange werde auch ein Minister des Aeußern, wer immer es sei, es nicht vermögen, mit Turin in gutem Einvernehmen zu bleiben.

Es wird zur Spezialdebatte übergegangen.

Centralleitung, ordentliche Ausgaben 508 242 fl., außerordentliche 37.779 fl., wird ohne Debatte bewilligt.

Bei der Post Befolgungen stellt der Ausschub den Antrag, die Funktionszulage für den Botschafter in Rom (23.333 fl.) zu streichen.

Minister Graf Rechberg bemerkt, daß die Regierung auf ihrem früher wiederholt bezeichneten Standpunkte beharren müsse, und gibt auf die Einreden des Berichterstatters und des Abg. Giskra die Erklärung ab, daß damit das Bewilligungsrecht des Hauses nicht habe bestritten werden sollen, die Regierung könne nur dem Antrage nicht beistimmen.

Nachdem Graf Hartig für die Bewilligung der 20.000 fl. gesprochen und Herbst dagegen eingewendet hat, daß das Haus seinen, in zwei Sessionen gleichlautend gefaßten Beschluß nicht umstoßen könne, wird der Antrag angenommen, ebenso die Ausscheidung der Funktionszulage für den Militärbevollmächtigten in Frankfurt, 14.700 fl., welche auf das Kriegsbudget übergehen.

Diplomatische Ausgaben, ordentliche 1.281.583 fl. und außerordentliche 14.222 fl., werden hierauf bewilligt; desgleichen Konsularämter 594.300 fl., Prozentualzuschüsse 130.000 fl., Konsular-Einnahmen 134.517 fl.

Endlich kommen noch die Wünsche und Erwartungen zur Verhandlung.

Gegen den ersten Antrag, die spezialisirtere Form, in welcher die Voranschläge für 1862 und 1863 vorgelegt wurden, auch für die Zukunft zu verlangen, erklärt sich

Minister Graf Rechberg, indem jene umständlichere Darlegung am Plage gewesen sei, als das Haus sich zum ersten Mal mit diesen Angelegenheiten beschäftigte. Nun aber erscheine es angemessen, von der Wiederholung abzustehen und die auch in anderen Ländern gebräuchliche Form summarischer Anträge für diplomatische Dienstauslagen anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Zweitens wird die Vorlage eines Exposés der politischen Lage des Reiches in seinen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten nebst den einschlägigen diplomatischen Aktenstücken gewünscht.

Minister Graf Rechberg glaubt heute hinlänglich seine Bereitwilligkeit, Eröffnungen zu ertheilen, bewiesen zu haben; er sei aber nicht in der Lage, die verlangte Vorlage zu versprechen.

Dr. Berger meint, der Beschluß solle für den Fall gefaßt werden, daß ein späterer Minister des Auswärtigen nicht die gleiche Bereitwilligkeit an den Tag lege.

Minister Graf Rechberg konstatiert in Bezug auf eine Aeußerung des Beredners, daß er nicht dem Hause empfohlen habe, sich nicht um die auswärtige Politik zu bekümmern, er habe von den inneren Angelegenheiten anderer Länder gesprochen.

Der noch vom Berichterstatter befürwortete Antrag wird angenommen und die Sitzung nach 3 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Verzehrungssteuer, Stempel und Gebühren, kroatisch-slavonische Hofkanzlei.

Oesterreich.

Wien, 7. December. Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolph hatten eine sehr ruhige Nacht; der Fortgang zur Besserung ist sehr befriedigend.

— Se. Majestät der Kaiser geruhten heute Vormittags eine Deputation des Gemeinderathes der Stadt Wien, bestehend aus dem Bürgermeister Dr. Zelinka und den beiden Bürgermeisterstellvertretern Dr. Kajetan Felder und Dr. C. Mayrhofer, zu empfangen, um die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschlossene Adresse entgegenzunehmen und an die Deputation ungefähr folgende Worte zu richten:

Se. Majestät glauben es nicht weiter versichern zu dürfen, daß Allerhöchstdieselben, wie Sie es schon öfter ausgesprochen haben, auch in dieser Frage die Pflichten eines deutschen Bundesfürsten mit aller Gewissenhaftigkeit erfüllen und mit aller

Kraft dahin wirken werden, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer gewahrt werden.

Allerhöchstselben könnten übrigens bei diesem Anlasse die Bemerkung nicht unterdrücken, daß im Wiener Gemeinderathe große Zersplittertheit herrsche und es für denselben besser wäre, statt des Strebens: Fragen hoher Politik oder Gegenstände, die nicht in seinen Wirkungskreis gehören, in Beratung zu ziehen, sich den Kommunalangelegenheiten zu widmen.

Wien. Sr. k. Apostolische Majestät haben die von der lithographischen Anstalt Reifferslein und Kösch vorgelegten Farbendruckerzeugnisse als Beweise des Fortschrittes in diesem Kunstzweige allergnädigst anzunehmen und dieser Anstalt die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft zu verleihen gerüht.

Ausland.

München, 6. December. Staatsrath Franke ist mit Aufträgen des Herzogs von Schleswig-Holstein aus Koburg hier eingetroffen und hatte heute Vormittags eine längere Konferenz mit Staatsminister v. Schrenk.

Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet: Preußen und Oesterreich hätten an alle deutschen Regierungen identische Noten für den Exekutionsstandpunkt gerichtet, in welchen sie die Verantwortlichkeit für die Folgen (der Ablehnung dieses letzteren) zurückweisen.

Dresden, 4. December. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer erklärt Minister Beust in Beantwortung einer Interpellation: Die sächsische Regierung habe das Londoner Protokoll weder unterzeichnet, noch ist sie demselben förmlich beigetreten. Er gibt einen Ueberblick über den Verlauf des Abschlusses des Londoner Vertrages, wobei er Mebreres zur Entschuldigung des Verfahrens der deutschen Großmächte anführt; der Warschauer Vertrag sei vorausgegangen, Dänemarks Versprechungen haben bei der damaligen Sachlage großen Werth gehabt; letztere haben Ende 1862 Sachsen bewogen seine Zustimmung kundzugeben, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß damit in keiner Weise dem Beschlusse des Bundes vorgegriffen werden solle, falls dieser zu einer Erörterung dieser Frage einen Anlaß erhalten werde.

Schon durch diesen Vorbehalt habe Sachsen jetzt freie Entschlüsse, auch wenn Dänemark nicht, wie es geschehen seine Verpflichtungen gebrochen hatte. Weiter äußerte Minister Beust, die Frankfurter Beschlusverzögerung sei nicht die Folge eines Mangels an Entschlossenheit, alle deutschen Regierungen seien von gleichem Geiste beseelt; die Verzögerung sei herbeigeführt durch consequentes Festhalten eines dem sächsischen Antrage conformen Standpunktes. Hoffentlich bringe der morgige Tag die Entscheidung. Deutschlands Volk möge sich nicht zwischen seine Fürsten und das Ausland stellen. Oesterreichs und Preußens Haltung sei zu achten, doch sei nicht zu vergessen, daß der Londoner Vertrag die Bundesacte und die Wiener Verträge nicht aufheben könne.

Kopenhagen, 5. December. In einer vom Könige erlassenen Proclamation wird hervorgehoben, daß in Holstein gegenüber der zur Wohlfahrt des Landes und zur Wahrung des Weltfriedens getroffenen Ordnung sich Bestrebungen geltend gemacht hätten, welche auf die Zersplitterung der Monarchie gerichtet seien und denen unbegründete Erbansprüche zum Deckmantel dienen. Mit inniger Betrübniß werde wahrgenommen, wie selbe in Holstein Raum gewinnen und selbst bei treuen Unterthanen Gemüthsaufrührung und Zweifel hervorrufen. Der König erkennt die Aufrechterhaltung der dänischen Monarchie für eine seiner wichtigsten Regentpflichten und kann daher nicht dulden, daß diese Bestrebungen durch die Haltung eines Theiles der Beamten genährt werden; er ist vielmehr fest entschlossen, den aufrührerischen Bewegungen mit Macht entgegenzutreten und Jeden zur strengsten Verantwortung zu ziehen, der sich zu ungesetzlichen Schritten fortsetzen läßt. Er begt die Zuversicht, daß die Holsteiner sich in ihrer Treue nicht wanken machen lassen und damit dem landesväterlichen Herzen Maßnahmen erspart bleiben, die ihm zum tiefen Schmerze gereichen würden. Die Bestrebungen zur Verständigung über die Verfassungsverhältnisse der Gesamtmonarchie haben leider bisher nicht zum Ziele geführt. Indem er die Absicht ausdrückt, den deutschen Bundesländern, wie bereits mit dem nicht zum Bunde gehörigen Theile der Monarchie geschehen sei, eine selbstständige Stellung in der Monarchie zu verleihen, hofft der König, daß Holstein, wenn es sich im Genuße wahrer konstitutioneller Freiheit zufrieden fühlen und somit einer fremden Einmischung jeder Vorwand genommen sein werde, sich aus freien Stücken einer engeren Verbindung mit den übrigen Theilen der Monarchie zuneigen und eine alle Theile zufriedensstellende Ordnung dann leichter ermöglichen wird.

Ein k. Reskript beauftragt den Minister für Holstein und Lauenburg, der Bevölkerung, den Lokalbehörden und Beamten Lauenburgs die a. h. Aner-

kennung kund zu geben, daß sie sich in ihrer Treue und Unterthanenpflicht nicht haben beirren lassen.

Die Berling'sche Zeitung spricht die Vermuthung aus, die Bekanntmachung vom 30. März werde ehestens zurückgenommen werden.

Kopenhagen, 6. December. Heute ist folgendes vom 4. d. M. datirte Patent erschienen: „Wir Christian IX. etc. etc. haben uns bewogen gefunden, die unter dem 30. März erlassene Bekanntmachung, betreffend die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, hiermit außer Kraft zu setzen.“

Kopenhagen, 6. December. Die Gesandten von Rußland und England haben im speziellen Auftrage ihrer Regierungen dem König Christian den Schutz von Flotten zur Verfügung gestellt, falls die Furcht vor Vergewaltigung ihn abhalte, die Politik seiner Regierung zu ändern und ein anderes Ministerium zu berufen. Der König schwankt, aber das Ministerium Hall stützt sich auf die Königin, die eigentliche Urheberin der Thronfolge-Ordnung von 1852.

Bukarest, 4. December. Der offizielle „Monitor“ bezeichnet die von der Pariser „Nation“ gebrachte Nachricht, daß Fürst Couza der hohen Pforte und den garantirenden Mächte einen Konstitutionsentwurf vorgelegt habe, als erfunden.

In der gestrigen Kammer Sitzung wurde der Adressentwurf verlesen. Derselbe ist sehr scharf gehalten, mißt die Schuld aller beklagenswerthen Uneinigkeiten der Handlungsweise des Fürsten bei und erklärt schließlich die angebotene Versöhnung annehmen und die angekündigten Reformen berathen zu wollen.

*) Das Märzpatent nahm den holsteinischen Ständen das Recht der Steuerbewilligung. (D. Red.)

Tagesbericht.

Laibach, 9. December.

Gestern ist wieder ein wuthverdächtiger Hund herumgelaufen, welcher hier und in der Umgebung mehrere Hunde gebissen hat. Die Hundebesitzer mögen ihre Thiere genau beobachten, denn sie sind verantwortlich wenn ein Unglück geschieht.

Morgen wird von Sattler's Kosmoramen die zweite Ausstellung beginnen. Die erste war ziemlich gut besucht, die Bilder fanden verdienten Beifall. Morgen findet eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der Sparkasse Statt, in welcher einige für das Institut wichtige Beschlüsse gefaßt werden dürften. Wir erlauben uns deshalb die in Nr. 92 und 93 d. Bl. enthaltenen Bemerkungen in Erinnerung zu bringen.

Einem hiesigen Buchbinder wurden im Laufe der letzten 4 Wochen aus seinem mit Nachschlüssel geöffneten Koffer nach und nach 80 fl. gestohlen; die Thäter, nämlich der Geselle und die Lehrlinge wurden erforcht und dem Landesgerichte überliefert. Sie haben diesen Diebstahl einverständlich verübt und das gestohlene Geld bis auf 25 fl. bereits durchgebracht.

Durch Nichtabschließen des Hahnes der Gasleitungsröhren und dadurch erfolgtes Ausströmen des Gases sind im Hause Nr. 151, der St. Peters-Vorstadt der Wirth Bartholomäus Cerne, dessen Eheweib, 2 Kinder, 2 Mägde und der dort auf Besuch gewesene Franz Kracher in Folge Einathmens der Stickluft gestern Nachts in ihrer Wohnung in Lebensgefahr gewesen, wurden aber durch sogleich angewendete ärztliche Hilfe gerettet.

Vor einigen Tagen wurde vor dem Kreisgerichte Gili die Schlußverhandlung gegen Maria L., wegen Verbrechens des Kindesmordes abgehalten. Maria L. aus Sternstein gebürtig, 23 Jahre alt und ledige Grundbesitzerstochter, hatte mit einem Militärurlauber ein intimes Verhältniß angeknüpft, dessen Folgen sie sorgfältig verheimlichte. Am 30. September d. J. gebar sie in der Schlafkammer einen Knaben, erwürgte ihn und versteckte die Leiche unter dem Strohsack des Bettes. Sie gestand ihr Verbrechen ein und wurde zu fünf Jahre schweren Kerker verurtheilt.

(Kinderpest.) Nach Mittheilung aus Zivilkroatien ist die Kinderpest während des Zeitraumes vom 23. Oktober bis 8. November in mehreren Orten des Agramer Komitates, dann in der königlichen Freistadt Koprernitz neu ausgebrochen. Die Seuche herrscht noch in 22 Ortschaften, welche zum größern Theile im Pozezaner Komitate, dann in den südlichen Gegenden des Agramer Komitates längs der Militärgrenze gelegen sind.

Nach den Rapportstabellen sind in dem obgedachten Zeitraume 380 Erkrankungsfälle vorgekommen. Seit dem Beginne der Kinderpest bis 8. November l. J. sind an derselben bei einem Gesamtstande von 25.207 Stück Hornvieh im Ganzen 4996 Stück erkrankt, 882 Stück genesen, 3884 Stück gefallen, 134 Stück gekuldet worden und 96 Stück verblieben in der Heilung.

Nach Mittheilung aus der Militärgrenze hat die Kinderpest nunmehr auch in den bisher am hef-

tigsten ergriffen gewesen Seuchenbezirken nicht unbedeutend nachgelassen; dagegen ist sie in den beiden Warasdiner Regimentern, und zwar ziemlich gleichzeitig in zwei sich nahe an der Regimentsgrenze gegenüber befindlichen Ortschaften ausgebrochen.

Ueber den Stand der Kinderpest in Bosnien lauten die Berichte übereinstimmend, daß im Allgemeinen die Seuchenfälle immer seltener werden, sehr oft aber in Ortschaften wieder zur Beobachtung gelangen, wo bereits die Seuche vollkommen erloschen war und das nunmehr auch häufigere Erkrankungsfälle zur Genesung führen als früher. Die Schaafpest in Bosnien wird nur mehr in vereinzelt Fällen, die Ziegenpest nirgends mehr beobachtet. Unter der Bevölkerung Bosniens bestehen nirgends bössartige oder epidemische Krankheiten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Graz, 6. December. Die für heute bestimmte Studenten-Versammlung, mittelst welcher eine Kundgebung für Schleswig-Holstein beabsichtigt wurde, ist durch Erlaß des Staatsministeriums verboten worden. (Presse.)

Prag, 7. December. (Abends.) Der Redakteur der „Humoristische L.“ Strauch, wurde des Vergehens der Aufwiegelung schuldig erkannt und zu 6 Monaten Arrest und 120 fl. Kautionsverlust verurtheilt. Der gleichfalls angeklagte Faktor der Druckerei wurde freigesprochen. Bei den Gemeinderatswahlen drangen die czechischen Kandidaten durch. (Bisch.)

Frankfurt, 7. December. Man versichert, der k. bairische Bundestagsgesandte Freiherr v. d. Pfordten beharre auf dem Occupationsantrage; einige Regierungen schwanken noch. Heute wird schwerlich die Bundesbeschlußfassung erfolgen.

Das Finanzministerium des Herzogs v. Augustenburg hat ein unverzinsliches Anlehen in Fünft- und Zehnthaler-Schuldscheinen ausgeschrieben. Die Verwendung desselben zu deutschen Zwecken ist den holsteinischen Ständen vorbehalten. Hier circuliren bereits derlei Scheine. Ein Frankfurter hat 20.000 fl. unterzeichnet. Später wird dieses Anlehen in ein verzinsliches konvertirt.

Frankfurt, 7. December. Die Bundesversammlung hat mit geringer Majorität die Execution beschlossen, vorbehaltlich der Regelung der Successionsfragen. Der Befehl zum Einmarsch ist sofort ergangen.

Nürnberg, 6. December. An der heute hier stattgefundenen Zusammenkunft von deutschen Abgeordneten aller Parteilichungen haben dreißig Volksvertreter theilgenommen. Es wurde vorzugsweise die deutsch-dänische Angelegenheit besprochen und auf diesem Boden fanden sich Versehen und Bessern und alle Anderen in voller Uebereinstimmung. Es wurde die sofortige Einberufung der Abgeordneten-Versammlung beschlossen. Die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark war das Lösungswort der Versammlung, in welcher die freudigste Einmüthigkeit herrschte. (Bisch.)

Berlin, 7. December. Die liberale lithographirte Correspondenz meldet, der Justizminister habe dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitgetheilt, gegen den Abg. Johann Jacoby sei eine Anklage eingebracht worden wegen Aufforderung zum Umsturz der Verfassung und Majestätsbeleidigung, begangen in einer Rede vor seinen Wählern.

Hamburg, 7. December. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Minister Hall behält das Ministerium für Holstein. Herr v. Scheel-Plessen hat sich zurückgezogen, mit Reventlow-Criminal und G. Moltke sind die Unterhandlungen abgebrochen. Orla Lehmann, von dem es hieß, er werde zurücktreten, bleibt im Amte; ebenso der Polizeichef Krone.

Einem Gerüchte zufolge beabsichtigt die Regierung, dem Reichsrath eine Vorlage zu machen, wonach die Gesamt-Verfassung vom 18. v. M. bis 1. Jänner 1865 suspendirt würde. — Die schleswig-holsteinischen Regimenter werden oder sind bereits auf Seeland zusammengezogen.

Der Hof siedelte nach Amalienburg über. Die Leiche Friedrich's VII., welche in Kopenhagen angekommen, wird nach Amalienburg gebracht, dort aufgesetzt und am 18. d. nach Roskilde überbracht.

Die Kopenhagener Bevölkerung legt fortwährend ihre wachsende Mißstimmung gegen Deutschland an den Tag. (Pr.)

Bukarest, 7. December. Die Regierung legte der Kammer nebst verschiedenen anderen Gesetzentwürfen auch eine außerordentliche Creditforderung von beinahe acht Millionen Pfistern für Waffen und Kriegsbedarf vor.

New-York, 26. November. Grant hat einen vollständigen Sieg über Bragg erfochten; die Konföderirten zogen sich von Lookout-Mountain zurück, welches von den Unionisten besetzt wurde. Die Konföderirten verloren 5000 Gefangene und 40 Kanonen

VIII. wissenschaftl. Versammlung des Vereines der Aerzte in Krain zu Laibach am 27. November 1863.

Vorsitzender: Obmann Landesmedizinalrath Dr. Ritter von Andrioli, Schriftführer Prof. Dr. Valenta.

Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolles wurde alsbald zu den wissenschaftlichen Vorträgen geschritten: 1. Der Schriftführer Dr. Valenta las eine vom Herrn Bezirkswundarzt Kadinz in Bischofslack eingefandte Skizze über eine von ihm beobachtete graviditas entranterina abdominalis vor und schloß hieran einen Vortrag über die bei diesen Schwangerschaften vorkommenden Veränderungen des Uterus, insbesondere besprach er die colossale Hypertrophie desselben in diesem Falle.

2. Dr. Gausler meinte, daß die Vereinsmitglieder ihnen vorkommende zweifelhafte Fälle aus der gerichtsarztlichen Praxis zur Besprechung in den Sitzungen bringen sollten; es wäre dieß alsdann eine ähnliche Uebung, wie bei den Juristen in den sogenannten Plaidir-Vereinen, welchen Antrag insbesondere Prof. Valenta mit Hinweisung auf die demnächst in's Leben tretenden Schwurgerichte lebhaft unterstützte, meinent, daß alsdann den Aerzten solche Uebungen bei den Schlußverhandlungen sehr zu Gute kommen dürften.

3. Hielt klinischer Assistent Dr. Gregorić einen sehr interessanten, gründlich eingehenden Vortrag über die verschiedenen Behandlungsweisen der sogenannten Nachgeburtsperiode. Er ging kritisch die einzelnen Methoden durch, verglich sie unter einander und erwähnte der von ihm über die einzelnen dieser Methoden gemachten selbstständigen Beobachtungen, wobei er endlich sich auf die gemachten Erfahrungen stützend, für die an der hiesigen Schule gebräuchliche Methode der Entfernung der Placenta aussprach.

4. Primarius Dr. Fuz meinte schließlich: Die Zahl der Aerzte und Wundärzte, die im Beginn dieses Jahrhunderts ihre Laufbahn begonnen, sei eine geringe; die lange Zeit der Studien, noch mehr die Gefahren, in welche die Heilkünstler kommen und

die Strapazen, denen sie sich unterwerfen müssen, kürze die Zeit ihres Wirkens ab, darum wäre es seines Erachtens eine Pflicht, den wenigen, die im Verlaufe der Zeit übrig geblieben, die mehr als ein halbes Jahrhundert zum Heile der kranken Menschheit, zur Ehre des ärztlichen Standes wirkten, die gebührende Achtung zu bezeigen. Der ärztliche Verein in Krain, als Repräsentanz der Aerzte, ist dazu berufen und um so eher berufen, als die Ovation einem Manne gilt, der zwar nicht dem Vereine angehört, sich jedoch um das Land Krain als Lehrer und Arzt so viele Verdienste erworben, die sowohl ihm, als auch Krain zur Ehre gereichen. Wer sollte ihn nicht kennen, den schlichten alten Mann, der vor mehr als 50 Jahre in Laibach sein segensvolles Wirken als Lehrer und Arzt begann, — Professor Melzer; er wolle dessen Bescheidenheit nicht nahe treten, auch auf den Lebenden keine Apotheose machen, jedoch in kurzen Worten eine Schilderung seines Wirkens geben.

Melzer wurde am 11. Mai 1781 geboren, im Jahre 1799 zum Magister der Chirurgie und Geburtshilfe promovirt, im Jahre 1803 zum supplirenden, 1806 zum wirklichen Professor der Anatomie ernannt. In der Schule des großen Kern gebildet, erkannte er die Natur in ihren Wirkungen und verfolgte dieselben. Einfach, wie sie, richtete er darnach seine Handlungsweise ein, es war ihm daher ein leichtes, den ersten Geburtshelfer Boos zu verstehen; was er als solcher leistete, davon wissen noch viele zu erzählen, manche Mutter gedenkt seines segensvollen Wirkens, manche Mutter verdankt dem Manne, den man ehren soll, das Leben ihres Kindes. Daß er dieselben Grundsätze der Einfachheit, wie in der Geburtshilfe so auch in der Chirurgie befolgte, dafür bürgt die Schule Kern's, den jeder Oesterreicher mit Stolz den seinen nennt, der alle unnützen Salben, Pflaster, überhaupt allen chirurgischen Tand über Bord werfend, der Thätigkeit der Natur nie hindernd in den Weg trat. Was er als Lehrer wirkte, dafür spreche der beredte Mund seiner Schüler, was er als Schriftsteller leistete, wird gewiß keinem Fachmanne unbekannt sein.

Au der Schwelle des Lebens stehend, eines Lebens, das so nützlich für die leidende Menschheit, so ehrenvoll für den ärztlichen Stand war, verdient dieser Restor der Aerzte Krain's volle Anerkennung; wir ehren uns nur selbst, wenn wir in ihm den ärztlichen Stand ehren!

Er beantrage daher, daß eine Deputation sich zu Professor Melzer begeben, um ihm zu seinem 60jährigen Jubiläum als Lehrer die Glückwünsche des Vereines darzubringen. Der Antrag wurde per acclamationem angenommen und die Vereinsleitung

mit dem Antragsteller gewählt, dem ärztlichen Veteranen ihre Gratulation mit Namen des Vereines anzusprechen.

„Juristische Gesellschaft“ in Laibach.

Tagesordnung

der XXX. Versammlung, welche Freitag am 11. December 1863, um 6 Uhr Abends, im Gesellschafts-Locale (Salberggasse Nr. 195, II. Stock) abgehalten wird.

- 1. Bezug des Protokolls der XXIX. Versammlung.
2. Wahl neuer Mitglieder.
3. Herr L. L. G. = Adjunct Sadler: Rechtsfall zur Lehre von der Veruntreuung und dem Betrüge.
4. Herr Dr. Johann Thadde sen.: Ueber den Besitzstand landtätslicher Güter.
5. Erster Secretär Dr. E. H. Costa: Rechtsfälle
a) zur Lehre von den Bedingungen bei executiven Realfeilbietungen,
b) zur Lehre vom Gesellschafts-Diebstahl.

Laibach, 7. December 1863. Vom Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Markt- und Geschäftsbericht.

Krainburg, 7. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 50 Wagen mit Getreide, und 150 Stück Schweine, welche zu 15 bis 16 fl. der Zentner verkauft wurden.

(W o c h e n m a r k t - P r e i s e.) Weizen pr. Meßer fl. 5.55; Korn fl. 3.—; Gerste fl. —.—; Hafer fl. 2.20; Halbfench fl. —.—; Heiden fl. 2.70; Hirs fl. 2.90; Kukuruz fl. 3.40; Erdäpfel fl. 1.—; Pansen fl. —.—; Erbsen fl. —.—; Fisolien fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 47, Schweineschmalz kr. 44; Speck, frisch kr. 27, detto geräuchert kr. 43; Butter kr. 38; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 17, Kalbfleisch kr. 22, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfensfleisch kr. 15; Händel pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 15; Hen pr. Pfl. fl. 1.60, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.—, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Theater.

Heute Mittwoch: Theresie Krones. Morgen Donnerstag: Benefice des Herrn Graube: Die elegante Tini.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmann. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmann & Fedor Bamberg in Laibach.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 7. Dezember (Dr. Jiq. Abbl. Mittags 1½ Uhr) Der Verlauf der Börse war ruhig aber fest; zum Schlusse trat eine bedeutende Besserung ein, angeblich über höhere Berliner Anfangscurse. — Im Vergleich mit den vorgestrigen Notierungen schlossen heute Credit-Aktien um 2 fl., 1860er ganze Lose um 1 fl., 1860er Fünftel um 1 1/10 fl. höher, während fremde Valuten bei härterem Angebote und geringeren Umsätzen, trotz abermaliger Discontohöhen, annähernd um 1/10 sich günstiger stellten. Grundentlastungsschuldlose um 1/10 besser bezahlt. Geld genügend flüssig

Table with multiple columns: Öffentliche Schuld, A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), Wechsel, Cours der Geldsorten. Includes sub-tables for Anleihen, Aktien, and various bank notes.

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 7. December 1863.

Table with 2 columns: Effekten, Wechsel. Lists various securities and exchange rates.

Fremden-Anzeige.

Den 5. December 1863. Dr. Jhy. I. Bauinspector, von Agram. — Hr. Dr. Dollar, von Unterkrain. — Die Herren: Hell, Kaufmann, und — Bucetich, Handelsmann, von Triest. — Hr. Anutara, von Casselnuovo. — Hr. Rodmatsch, von Janerburg.

Den 6. Die Herren: Arcari, k. k. Oberingenieur, und — Baumann, Schuhmachermeister, von Graz. — Hr. Decalz, von Triest.

B. 2480. Soeben erscheint, und bei Georg Lorcher in Laibach zu haben:

Die Mühle.

Die neuesten Fortschritte im Mühlenwesen und deren Geschäftszweige. Mit erläuternden Abbildungen. Jährlich erscheinen 52 Nummern. Preis 6 fl. Diese nützliche Zeitschrift können wir allen Fachgenossen nur zur Anschaffung empfehlen. Leipzig. Ernst Schäffer.

B. 2483. Wegen unvorhergesehener Hindernisse kann der von der gefertigten Direction am 7. d. M. angekündigte Cylindus von Vorträgen über Stenographie von Seite des Stenographen-Vereines nicht Statt finden.

Die Mitglieder des Vereines so wie alle Freunde der Stenographie werden jedoch auf die von Seite der löbl. k. k. Gymnasial-Direction angekündigte Eröffnung von Vorträgen über Stenographie aufmerksam gemacht. Die Direction des Stenographen-Vereines in Laibach.